



# Kommunalwahl 2026

## Kreis Bergstraße

**Wahlprüfsteine zum Thema Bildung, Schule und Senioren**

## Prolog

Als ehemaliger Vorsitzender des Kreiselternbeirats Bergstraße habe ich erlebt, wie hilfreich Wahlprüfsteine sein können, um bildungspolitische Positionen transparent zu machen. Für die Landtagswahl wurden solche Fragen damals gemeinsam mit dem Landeselternbeirat entwickelt.

Da nun Kommunalwahlen anstehen habe ich die Wahlprüfsteine auf Basis einer Vorlage vom Kreiselternbeirat Offenbach erstellt und an die Parteien im Kreis Bergstraße verschickt.

Die Ergebnisse sind ab sofort unter diesem Link/QR-Code abrufbar:

> **Kurzlink Wahlprüfsteine Kommunalwahl: <http://x-qr.net/1eR6>**

Thomas Sohler



## Erläuterungen

- Die Wahlprüfsteine wurden am 26.2.26 von mir als scheidendem Kreiselternbeirat in Kooperation mit dem in Gründung befindlichen „Förderverein Generationen-Netzwerk Bildung & Medienkompetenz Kreis Bergstraße“ (Name kann sich in der anstehenden Gründungsversammlung noch ändern) an folgende Parteien versandt (Reihenfolge entspr. Kreiswahlvorschlagsliste):  
CDU, AfD, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, FREIE WÄHLER,
- Die Rückläufer wurden bis 4.3. erbeten und sind rechtzeitig eingegangen
- Die Rückmeldungen der einzelnen Parteien wurden für diese Gegenüberstellung auf den Kern der Aussage zusammengefasst. Die kompletten Antworten der einzelnen Parteien sind ungekürzt einsehbar: <http://x-qr.net/1fCM>
- Die Linke hat die Wahlprüfsteine nicht einzeln beantwortet, sondern Auszüge aus ihrem Kommunalwahlprogramm übermittelt. Die Aussagen wurden nach bestem Wissen und Gewissen thematisch den Fragen zugeordnet. Zu mehreren Fragen liegen keine direkten Aussagen vor.
- Die Antworten sind in der Reihenfolge des Eingangs der Rückantworten angezeigt. Die Zusammenfassung für die Übersicht erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit und Richtigkeit. Ich habe mich bemüht, alles korrekt und stimmig wiederzugeben.



# Die 23 Fragen an die Parteien

## A. Strategische Prioritäten Bereich Schule (→)

1. Welche drei konkreten Schwerpunkte setzen Sie / Ihre Partei für die Wahlperiode 2026 bis 2031 im Kreis Bergstraße?

## B. Bildungsgerechtigkeit (→)

2. Welche Maßnahmen planen Sie zur frühzeitigen und verbindlichen Sprach- und Grundkompetenzförderung (Deutsch & Mathematik) in Kita, Vorschule und Grundschule bis Klasse 4?
3. Wie sorgen Sie für eine gerechte Mittelverteilung zwischen zentralen Standorten (z.B. MINT-Zentrum Bensheim) und Randlagen (z. B. Ried, Überwald)?
4. Wie stehen Sie zum weiteren Ausbau von Integrierten Gesamtschulen im Kreis und wie zum Erhalt der Vielfalt im Angebot unserer Berufsschulen (Abwandern einzelner Bildungsgänge)?

## C. Ganztag ab 2026 (→)

5. Wie wollen Sie sicherstellen, dass bis 2029 einerseits ausreichend und andererseits qualitativ verlässliche (Fachpersonal, Raumkonzepte, pädagogisches Konzept, Mittagessensangebote) Ganztagsplätze (mind. 90 % Ausbaquote) zur Verfügung stehen?
6. Wie positionieren Sie sich zu **Beitragsfreiheit oder sozialer Staffelung**?
7. Welche Rolle sollen **Vereine, Musikschulen und außerschulische Partner** spielen?

## D. Schulwege & Mobilität (→)

8. Welche konkreten Maßnahmen planen Sie zur Verbesserung der Schulwegsicherheit (z. B. Tempo 30, (temporäre) Schulstraßen, Radwege)?
9. Wie sichern Sie ausreichende **Buskapazitäten und verlässliche Verbindungen**?

## Die 23 Fragen an die Parteien

10. Wie stehen Sie zu einem **Deutschlandticket für alle Schüler:innen** – alters- und wohnortunabhängig?

### **E. Schulgebäude & Infrastruktur (→)**

11. Wie stehen Sie zu echter Bürgerbeteiligung bei Schulentwicklungsplanung und der Priorisierung von Sanierungsmaßnahmen und wie stellen Sie das ggf. sicher?

12. Welche verbindlichen Standards bei Neubau und Sanierung (Energiesparmaßnahmen und Nachhaltigkeit, cradle to cradle, Hitzeschutz und Begrünung) sind Ihnen wichtig und wollen Sie umsetzen?

13. Wie sichern Sie ausreichende Schwimm- und Sporthallenkapazitäten?

14. Wie stehen Sie zum Thema „Mehrfachnutzung“ von Schulgebäuden (z.B. durch VHS, Vereine, Senioren), insbesondere bei künftig sinkenden Schülerzahlen?

### **F. Digitalisierung & Medienkompetenz (→)**

15. Wie sichern Sie nach dem Digitalpakt dauerhaft IT-Infrastruktur, Wartung und Support und wie stehen Sie zu 1:1-Ausstattungskonzepten von Schüler:innen mit Tablets/Notebooks, die diese auch privat zuhause nutzen dürfen?

16. Welche konkreten Maßnahmen planen Sie zur Förderung von Medienkompetenz und zum Schutz vor Cybermobbing und digitaler Überforderung im Bereich Schule, Eltern und Senioren?

### **G. Inklusion & Teilhabe (→)**

17. Wie verbessern Sie personelle und bauliche Voraussetzungen für echte Inklusion – einschließlich barrierefreiem Zugang?

18. Wie stehen Sie zum Thema Schulessen? Hauptsache was „Warmes“ im Magen oder die Chance, mit Schulessen zur Prävention und Gesundheitsförderung und Ernährungsbildung beizutragen und individuelle Allergien zu berücksichtigen?

# Die 23 Fragen an die Parteien

## H. Psychische Gesundheit (→)

19. Planen Sie Maßnahmen zur Verbesserung der psychischen Gesundheit an Schulen und zur Reduzierung der Suizidgefahr bei Schüler:innen und wenn ja, welche?

## I. Generationspolitik & Daseinsvorsorge (→)

20. Wie stärken Sie pflegende Angehörige und sichern ärztliche Versorgung im ländlichen Raum?  
21. Welche Maßnahmen planen Sie für bezahlbaren Wohnraum und Pflegeplätze?

## J. Demokratie & Ehrenamt (→)

22. Welche Maßnahmen zur Demokratieförderung planen Sie – insbesondere zum Ausbau und zur Stärkung von Jugend- und Seniorenbeiräten im Kreis und den Kommunen?  
23. Wie stehen Sie zum Ehrenamt, wie fördern Sie das Ehrenamt und wo und wie wollen Sie bürokratische Barrieren abbauen?

# Frage 1: Bildungsschwerpunkte

**Fazit:** Große Übereinstimmung bei der Bedeutung moderner Schulgebäude und Infrastruktur. Deutliche Unterschiede bei Ganztags, Schulstruktur und sozialpolitischen Prioritäten.

DIE GRÜNEN	FDP	CDU	SPD	Freie Wähler	AfD	Die Linke
Sanierung und Neubau von Schulen, zeitgemäße Ausstattung von Schulen und Digitalisierung stehen im Mittelpunkt.	Verlässliche Schulträgerpolitik mit langfristiger Schulentwicklungsplanung. Qualitativ tragfähiger Ganztagsausbau mit hochwertigem Mittagessen. Erhalt von Schulfeldern. Vielfältige Bildungsangebote nicht auf zentrale Standorte ausrichten.	Stärkung der Bereiche Bildung, Wirtschaft und Infrastruktur. Dazu gehören auch digitale Infrastruktur und gute Rahmenbedingungen für Schulen	Sanierte Schulen und kostenlose Ganztagsangebote sind zentrale Ziele. Zusätzlich soll eine gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft bezahlbaren Wohnraum schaffen und soziale Infrastruktur stärken	Abbau bestehender Barrieren an Schulen und zuverlässiger Schülerverkehr haben Priorität. Busverbindungen und damit Schülertransport sicherstellen. Kreis soll bei Konflikten zw. Lehrkräften und HMKB vermitteln	Erhalt bestehender Schulstandorte und Sanierung statt ideologisch motivierter Neubauten. Leistungsorientiertes Bildungssystem und stärkere Förderung ländlicher Regionen	Kostenfreie Bildung für alle und bessere Schulgebäude. Ausbau von Ganztagsangeboten sowie stärkere Unterstützung durch Schulsozialarbeit und psychologische Dienste

## Frage 2: Sprach- und Grundkompetenz- förderung (Deutsch & Mathematik)

**Fazit:** Alle Parteien betonen die Bedeutung früher Sprachförderung. Unterschiede liegen vor allem darin, ob Maßnahmen eher auf Landes- oder kommunaler Ebene umgesetzt werden sollen.

DIE GRÜNEN	FDP	CDU	SPD	Freie Wähler	AfD	Die Linke
Sprach- und Grundkompetenzförderung soll über bestehende Förderprogramme des Landes (HMKB) umgesetzt werden	Die pädagogische Ausgestaltung liegt beim Land. Der Kreis kann organisatorisch unterstützen, etwa durch bessere Zusammenarbeit zwischen Kitas und Grundschulen (Räume für Vorlaufkurse)	Frühzeitige Sprachtests, verbindliche Fördermaßnahmen und enge Kooperation von Kitas und Grundschulen sollen Defizite früh erkennen und ausgleichen	Sprachstandserhebungen, verbindliche Fördermaßnahmen vor und nach der Einschulung sowie enge Zusammenarbeit von Kitas, Grundschulen + Jugendhilfe sind zentral.	Sprachförderung als zentrale Grundlage für Bildungserfolg. Ein verpflichtendes letztes Kindergartenjahr wird als mögliche Maßnahme gesehen	Deutsch- und Mathematikkompetenzen stärker in den Mittelpunkt stellen. Frühzeitige Tests und verbindliche Förderung bei Defiziten.	Ausbau frühkindlicher Bildung und bessere personelle Ausstattung der Einrichtungen

## Frage 3: Gerechte Mittelverteilung

**Fazit:** Einigkeit über faire Mittelverteilung im Kreis. Unterschiede bestehen in der Gewichtung zentraler Projekte (z.B. MINT-Zentrum Bensheim) gegenüber regionaler Förderung

DIE GRÜNEN	FDP	CDU	SPD	Freie Wähler	AfD	Die Linke
Gerechte Mittelverteilung. Zentrale Förderangebote wie MINT-Zentrum sollen allen Schulen zugänglich sein. Ergänzend gibt es dezentrale Programme und Angebote (Netzwerk Schulewirtschaft) für alle Schulen im Kreis.	Investitionen sollen nach objektiven Kriterien wie Zustand der Gebäude, Schülerzahlen und Bedarf erfolgen. Eine Konzentration auf zentrale Leuchtturm-Projekte wird abgelehnt.	Bedarfsorientierte Mittelverteilung mit transparenten Kriterien. Ziel sind vergleichbare Bildungsbedingungen im gesamten Kreis.	Frühzeitige Sprachstandserhebungen, verbindliche Fördermaßnahmen vor und nach der Einschulung sowie eine enge Zusammenarbeit von Kitas, Grundschulen und Jugendhilfe sind zentral.	Konkrete Position noch offen. Ziel ist jedoch, Randlagen nicht zu benachteiligen	Ablehnung von Prestigeprojekten zugunsten einzelner Standorte. Mittel sollen fair auf alle Regionen verteilt werden.	Bildungschancen dürfen nicht vom Wohnort abhängen.

## Frage 4: Ausbau Integrierter Gesamtschulen / Vielfalt Berufsschulen

**Fazit:** Alle Parteien wollen Berufsschulen stärken. Beim Ausbau von Gesamtschulen gehen die Meinungen jedoch deutlich auseinander.

DIE GRÜNEN	FDP	CDU	SPD	Freie Wähler	AfD	Die Linke
Der Bedarf an IGS wird derzeit als gedeckt gesehen, zumal Landesregierung bei dieser Schulform massiv spart. KGSen sollen in ihren Kompetenzen gestärkt werden.	Weitere IGS bei nachweisbarem Bedarf. Vielfalt der Berufsschulen ist wichtig für die regionale Wirtschaft. Wir wollen bestehende Bildungsgänge erhalten	Wir stehen zur Vielfalt der Schulformen. IGS dort, wo pädagogisch sinnvoll und akzeptiert. Klare Stärkung und Erhalt der Berufsschulen.	Förderung längeren gemeinsamen Lernens, starke Gesamtschulen und Sicherung von Berufsschulstandorten. Berufliche Bildung soll ausdrücklich gestärkt werden	Erhalt und Vielfalt von Gesamtschulen wird unterstützt. Einheits-Gesamtschule wird abgelehnt. Große Sorge über das Abwandern von Bildungsgängen aus Berufsschulen.	Schulvielfalt erhalten und Einheitsmodelle vermeiden.IGS dürfen andere Schulformen nicht verdrängen. Berufsschulen regional sichern.	Mehr gemeinsames Lernen und Ausbau integrierter Gesamtschulen.

## Frage 5: Sicherstellung ausreichender Ganztagsplätze bis 2029

**Fazit:** Alle Parteien sehen Ganzttag als wichtig an. Unterschiede bestehen vor allem bei Finanzierung, Umfang, Ausbaugeschwindigkeit und Zuständigkeiten.

DIE GRÜNEN	FDP	CDU	SPD	Freie Wähler	AfD	Die Linke
Attraktive Arbeitsbedingungen für Fachkräfte schaffen. Erfolgreiche Ganztagschulen sollen als Vorbild für den Ausbau dienen.	Kreis ist nur für Infrastruktur verantwortlich. Ausbau soll über Bedarfsanalysen und priorisierte Investitionsplanung erfolgen.	Ganztagsanspruch im Kreis bereits erfüllt. Qualität, Verlässlichkeit und Planungssicherheit soll durch Zusammenarbeit mit Schulen, Kommunen und Trägern weiterentwickelt werden.	Kostenlose Ganztagsangebote mit Unterstützung von Bund und Land ermöglichen.	Zweifel an der Umsetzbarkeit im Kreis. Land Hessen müsse stärker Verantwortung übernehmen.	Ganzttag darf nicht zu Lasten von Qualität gehen. Ausbau nur dort, wo Personal und Räume gesichert sind. Ganzttag als Angebot.	Ganztagsangebote sichern und ausbauen.

## Frage 6: Beitragsfreiheit oder soziale Staffelung im Ganztag

**Fazit:** Einigkeit besteht über die Entlastung von Familien. Streitpunkt ist vor allem die vollständige Beitragsfreiheit.

DIE GRÜNEN	FDP	CDU	SPD	Freie Wähler	AfD	Die Linke
Beitragsfreiheit grundsätzlich wünschenswert, derzeit aber unrealistisch. Echte soziale Staffelung denkbar.	Einkommensabhängige Beiträge als faire Lösung. Vollständige Beitragsfreiheit nur bei gesicherter Finanzierung.	Lösungen, die Familien entlasten, aber keine pauschale Beitragsfreiheit ohne nachhaltige Finanzierung.	Langfristiges Ziel: kostenfreie Bildung von der Krabbelgruppe bis zum Meister oder Master. Familien sollen stärker entlastet werden.	Beitragsfreiheit unrealistisch, soziale Staffelung möglich, je nach Ausgestaltung.	Soziale Staffelung sinnvoller als vollständige Beitragsfreiheit.	Bildung soll ohne versteckte Kosten stattfinden.

## Frage 7: Rolle von Vereinen, Musikschulen und außerschulischen

**Fazit:** Alle Parteien sehen Vereine als wichtige Partner im Ganzttag. Unterschiede bestehen vor allem bei der Rolle des Ehrenamts und dessen Finanzierung.

DIE GRÜNEN	FDP	CDU	SPD	Freie Wähler	AfD	Die Linke
Vereine, Musikschulen und außerschulische Partner spielen wichtige Rolle in der Ausgestaltung des Ganztags.	Sportvereine, Musikschulen und Jugendverbände sind wertvolle Ergänzung des Ganztags. Kooperationen fördern und Bürokratie abbauen.	Außerschulische Partner wie Vereine und Musikschulen sind wichtige Ergänzungen im Ganzttag. Kooperationen stärken, ohne Ehrenamt zu überfordern oder schulische Kernaufgaben zu verdrängen.	Verein, Verbände und Initiativen sind tragende Säulen des gesellschaftlichen Lebens. Wir wollen sie ideell und finanziell unterstützen und sie systematisch in Ganztagsangebote einbinden.	Vereine, Musikschulen und außerschulische Partner sind unverzichtbar für eine verlässliche Ganztagsbetreuung. Ehrenamt muss stärker honoriert werden, z.B. durch Rentenpunkte.	Ehrenamtliche Angebote stärken, Bürokratie abbauen. Ehrenamt ergänzt Schule, ersetzt aber keine Fachkräfte.	

# Frage 8: Schulwegsicherheit

14

**Fazit:** Alle Parteien wollen mehr Schulwegsicherheit. Einigkeit über Verbesserungsbedarf. Unterschiede vor allem bei den vorgeschlagenen Maßnahmen (Tempo 30, Radwege, Verkehrsplanung)

DIE GRÜNEN	FDP	CDU	SPD	Freie Wähler	AfD	Die Linke
Mehr Tempo-30-Zonen in Innenstädten und rund um KiGa und Schulen. Ausbau der Radwege, temp. Schulstraßen und weniger Elterntaxis.	Konkrete Verkehrsregelung liegt bei Kommunen. Schulwegpläne regelmäßig prüfen und gemeinsam mit Kommunen verbessern.	Tempo 30-Regelungen, sichere Querungen, Schulwegpläne und bei Bedarf temp. Schulstraßen.	Ausbau von ÖPNV, alltagstaugliches Radwegenetz sowie sichere, moderne Infrastruktur.	Wir fordern seit 15 Jahren einen massiven Ausbau der Radwege für den Alltagsverkehr, Rad-schnellwege und straßenbegleitende Radwege.	Mehr sichere Querungen und realistische Verkehrsplanung. Eltern und Schulen stärker einbeziehen	

## Frage 9: Sicherung ausreichender Buskapazitäten und Verbindungen

**Fazit:** Alle Parteien sehen Verbesserungsbedarf bei Kapazität und Verlässlichkeit. Unterschiede bestehen bei Lösungsansätzen und Finanzierung.

DIE GRÜNEN	FDP	CDU	SPD	Freie Wähler	AfD	Die Linke
Schülerbusverkehr im Kreis insgesamt stabil; Konfliktfälle konnten in der Vergangenheit zwischen Kreis und Busunternehmen gelöst werden. Fachkräfte bei Busunternehmen wichtig.	Wir setzen auf regelmäßige Auslastungsanalysen und frühzeitige Anpassung von Kapazitäten. Schülerbeförderung muss vor allem im ländlichen Raum verlässlich sein.	Bedarfsgerechte Fahrpläne und zusätzliche Verstärkerfahrten zu Schulzeiten. Ziel: verlässlicher und zumutbarer Schulweg.	Wir wollen mehr Bus- und Bahnverbindungen mit dichteren Takten, funktionierenden Takten sowie tragfähigen Konzepten für Abend- und Nachtzeiten. Flexible Bedarfsverkehre.	Ausreichende Buskapazitäten und verlässliche Verbindungen bereits vielfach angemahnt. Missstände stärker öffentlich mache. Wir hoffen auf Unterstützung vom KEB.	Überfüllte Busse vermeiden und Planung stärker am Bedarf ausrichten.	

## Frage 10: Deutschlandticket für alle Schüler:innen

**Fazit:** Grundsätzlich positive Haltung zu günstiger Schüler-Mobilität. Unterschiede bestehen vor allem bei Finanzierung und konkreter Umsetzung.

DIE GRÜNEN	FDP	CDU	SPD	Freie Wähler	AfD	Die Linke
Grundsätzlich wünschenswert, aber derzeit aufgrund Haushaltslage schwer finanzierbar.	Einheitliches Ticket für Schüler weiterführender Schulen sinnvoll, Finanzierung prüfen.	Nur mit Änderung gesetzlicher Rahmenbedingungen möglich. Ein einheitliches Ticket kann die Mobilität verbessern, muss aber solide finanziert sein.	Mobilität als Daseinsvorsorge. Wir fordern ein Sozialticket im ÖPNV. Wir wollen ein vergünstigtes Deutschlandticket für Auszubildende.	Wir unterstützen die Forderung der Bundesschülerkonferenz für ein kostenloses Deutschlandticket für Schüler.	Mobilität für Schüler verbessern, aber Kostenfolgen realistisch prüfen. Einheitliche und einheitliche Lösungen sinnvoll, solange finanzierbar.	

# Frage 11: Bürgerbeteiligung bei Schulentwicklungsplanung

**Fazit:** Grundsätzliche Zustimmung zur Beteiligung von Eltern und Öffentlichkeit. Unterschiede bestehen beim Umfang der Beteiligung.

DIE GRÜNEN	FDP	CDU	SPD	Freie Wähler	AfD	Die Linke
Bürgerbeteiligung erfolgt bereits über Kreistag, Verwaltung und gewählte Vertreter. Priorisierung von Sanierungen nach Zustand der Gebäude und Dringlichkeit.	Transparenz ist wichtig. Infoveranstaltungen und digitale Planungsübersichten können Beteiligung ermöglichen. Endgültige Entscheidung obliegt dem Kreistag.	Beteiligungsprozesse wurden bei Schulentwicklungsplänen bereits durchgeführt. Eltern, Schulen und Kommunen wurden einbezogen. Letztlich entscheiden die Kreisgremien	Beteiligungsstrukturen sollen gestärkt werden, z.B. durch Reaktivierung des Fahrgastbeirats. Beteiligung als wichtiger Bestandteil moderner Bildungs- und Infrastrukturpolitik	Beteiligung der Eltern grundsätzlich vorhanden. Kreiselternebeirat soll stärker in Beratungen zum Schulentwicklungsplan eingebunden werden. Frühzeitige Aufstellung von Prio-Listen für Sanierungen wichtig	Sanierungsentscheidungen transparent treffen und Eltern frühzeitig beteiligen.	Kommunen gestalten Schulpolitik über Schulentwicklungsplanung und Ausstattung mit.

## Frage 12: Standards bei Neubau und Sanierung von Schulen

**Fazit:** Große Einigkeit über moderne und nachhaltige Schulgebäude. Unterschiede bestehen im Umfang von Klimaschutzmaßnahmen.

DIE GRÜNEN	FDP	CDU	SPD	Freie Wähler	AfD	Die Linke
<p>Photovoltaik auf Schulgebäuden, Dachbegrünung und gute Dämmung.                      Sichere Materialien sollen hohe Ökoeffektivität haben.</p>	<p>Energieeffiziente Bauweise, Solarenergie und Hitzeschutz.                      Nachhaltigkeit muss wirtschaftlich tragfähig sein und langfristig Betriebskosten senken</p>	<p>Wir achten vor allem auf Wirtschaftlichkeit und pädagogischen Nutzen. Gebäude müssen funktional, zukunftsfähig und finanzierbar sein. Nachhaltigkeit und gute Lernbedingungen berücksichtigen.</p>	<p>Klimaneutrale Infrastruktur bis 2035. Klimaschutz zur Querschnittsaufgabe.                      Photovoltaik, hitzeresiliente Gebäude und nachhaltige Bauweise.</p>		<p>Nachhaltig ja, aber wirtschaftlich und praktikabel.                      Energieeffiziente und robuste Gebäude mit vertretbaren Betriebskosten.</p>	<p>Schulen brauchen moderne, gut ausgestattete Gebäude.</p>

## Frage 13: Schwimm- und Sporthallenkapazitäten

**Fazit:** Einigkeit über Bedeutung ausreichender Sportstätten. Unterschiede bei Finanzierung und Zuständigkeit.

DIE GRÜNEN	FDP	CDU	SPD	Freie Wähler	AfD	Die Linke
<p>Kooperation mit Sportvereinen und Bau zusätzlicher Hallen an großen Schulstandorten. Zusammenarbeit mit Hallenbadbetreibern für Schwimmunterricht . Die teuren Hallenbadbetriebe müssen erhalten werden.</p>	<p>Bestehende Kapazitäten sichern und bei Bedarf in Kooperation mit Kommunen erweitern.</p>	<p>Schwimm- und Sporthallen Teil der kommunalen Daseinsvorsorge. Entwicklung der Schulsporthallen sind Teil der Schulentwicklungsplanung. Landesprogramme wie „swim-plus“ unterstützen Kommunen beim Erhalt und Modernisierung von Schwimmbädern.</p>	<p>Kein sinnvolles Fördergeld für Sport- und Kulturinfrastruktur soll am Kreis vorbeigehen. Kinder sollen sichergestellt Schwimmen lernen. Kostenlose Vereinnutzung schulischer Hallen weiterhin ermöglichen.</p>	<p>Problem vor allem landespolitisch; Finanzierung durch Land notwendig.</p>	<p>Sportstätten sind Grundvoraussetzung für Gesundheit und Vereinsleben. Bestehende Hallen erhalten und modernisieren. Nutzung effizient organisieren.</p>	

## Frage 14: Mehrfachnutzung von Schulgebäuden

**Fazit:** Sehr breite Zustimmung zur Mehrfachnutzung von Schulgebäuden durch Vereine und Bildungseinrichtungen.

DIE GRÜNEN	FDP	CDU	SPD	Freie Wähler	AfD	Die Linke
Schulen sind öffentliche Gebäude und sollten der Gemeinschaft grundsätzlich zur Verfügung gestellt werden. Mehrfachnutzung durch VHS, Vereine und Senioren wird positiv gesehen.	Mehrfachnutzung durch VHS, Vereine und Senioren außerhalb der Unterrichtszeiten wirtschaftlich sinnvoll.	Mehrfachnutzung für Ganztage zentral. Klassenräume können einbezogen werden, wenn Ausstattung, Rückzugsmöglichkeiten und klare Konzepte vorhanden sind. Voraussetzung gute Verzahnung von Unterricht und Betreuung.	Vereine, VHS und andere Bildungs- und Kulturangebote sollen gestärkt und gezielt gefördert werden, was eine intensive Nutzung von Bestandsgebäuden nahelegt. Wechselseitige Nutzung zentraler Bereiche.	Mehrfachnutzung ausdrücklich befürwortet; Beispiel für gelebte Nachhaltigkeit. Würde die Akzeptanz der Kommunen für die Schulumlage steigern.	Schulgebäude außerhalb des Unterrichts stärker für Bürger, VHS und Vereine öffnen.	

## Frage 15: IT-Infrastruktur / 1:1 Ausstattung Tablets

**Fazit:** Einigkeit über Bedeutung digitaler Infrastruktur. Unterschiede bei Umfang der Geräteausstattung und Finanzierung.

DIE GRÜNEN	FDP	CDU	SPD	Freie Wähler	AfD	Die Linke
Schul-IT des Kreises sichert Wartung und Support. 1:1-Ausstattung grundsätzlich sinnvoll, aber kaum ohne Unterstützung aus der Wirtschaft finanzierbar.	Kreis muss dauerhafte Wartung und Support langfristig sichern. 1:1-Ausstattung sinnvoll, ggf. sozial ausgewogene Eigenbeteiligung.	Nachhaltige Finanzierung von Wartung, Support und Fortbildung ist entscheidend. Kreis setzt sich für zentrale IT-Strukturen, verlässlichen Support und regelmäßige Qualifizierung des Personals ein.	Digitale Lernmittelfreiheit und flächendeckender IT-Support. Strategie „Digitale Schule Hessen“ weiterentwickeln. IT-Supportstellen an weiterführenden Schulen schaffen. Lehrkräfte mit Dienstgeräten ausstatten	Verantwortung liegt überwiegend beim Land. 1:1-Ausstattung mittlerweile skeptischer bewertet.	Digitale Technik ist Werkzeug, kein Ersatz für klassische Bildung. IT-Infrastruktur dauerhaft finanzieren und warten. Geräteausstattung nur dort, wo pädagogisch sinnvoll	Schulen benötigen moderne Ausstattung.

# Frage 16: Medienkompetenz und Schutz vor Cybermobbing

**Fazit:** Breite Zustimmung zur Förderung von Medienkompetenz. Unterschiede bei konkreten Programmen und Zuständigkeiten.

DIE GRÜNEN	FDP	CDU	SPD	Freie Wähler	AfD	Die Linke
Zahlreiche Programme und Kooperationen des HMKB wie „Digitale Helden“ oder Medienanstalt Hessen, die Medienkompetenz bei den SuS im Rahmen eines Mediencurriculums schaffen und fördern. Umsetzung obliegt den Schulen, die auch Elternarbeit und Einbindung von Senioren ermöglichen.	Pädagogische Inhalte Aufgabe des Landes; Kreis sorgt für sichere IT-Infrastruktur und techn. Schutzmaßnahmen.	Medienkompetenz wird durch Prävention, Aufklärung und feste Ansprechpartner an Schulen gestärkt. Schutz vor Cybermobbing erfordert frühe Sensibilisierung, klare Anlaufstellen und Einbindung der Eltern.	Verbindliche Module zum Jugendmedienschutz, Vorbeugung von Medien sucht und Fortbildungsoffensive für Lehrkräfte zur digitalen Bildung gefordert. Demokratie- und Medienbildung als Querschnittsthemen stärken, verpflichtende Fortbildungen zur Medienbildung einführen.	Thema vor allem Aufgabe der Landespolitik.	Medienkompetenz fördern, aber Altergrenzen und Schutz vor digitaler Überforderung ernst nehmen. Schulen sollen Eltern stärker einbinden.	

# Frage 17: Voraussetzungen für echte Inklusion

23

**Fazit:** Alle Parteien unterstützen Inklusion grundsätzlich. Unterschiede bestehen bei Umsetzung, Personalbedarf und Ausstattung.

DIE GRÜNEN	FDP	CDU	SPD	Freie Wähler	AfD	Die Linke
Personelle Voraussetzung für Inklusion durch Werbung und Ausbildung von Schulbegleitern; Quereinsteiger willkommen. Barrierefreiheit wird bei Neubauten berücksichtigt, und bei Bedarf wenn möglich nachgerüstet.	Personelle Ausstattung liegt beim Land. Barrierefreie Infrastruktur obliegt dem Kreis; Investitionen müssen priorisiert und wirtschaftlich geplant werden.	Inklusion nur mit ausreichend Fachpersonal, barrierefreien Gebäuden und passgenauen Förderangeboten. Kreis setzt auf realistische Rahmenbedingungen, um individuelle Förderung zu ermöglichen.	Wir unterstützen die Bildung eines Kreisbehindertenbeirats, wollen die Frühförderstelle der Lebenshilfe Lampertheim erhalten und mit Nebenstelle im Odenwald ergänzen. Barrierefreiheit im Mobilitätsbereich. Förderschulen stärken, Barrieren in inklusiven Schulbündnissen abbauen.	Barrierefreiheit ist wichtiges Ziel. Barrieren, gleich welcher Art, sollen schnellstmöglich abgebaut werden.	Inklusion mit realistischen personellen und räumlichen Voraussetzungen. Individuelle Förderung stärken	Mehr Personal, bessere Ausstattung und stärkere Unterstützung für Inklusion.

# Frage 18: Schulessen und Ernährungsbildung

24

**Fazit:** Einigkeit über gesundes und bezahlbares Schulessen. Unterschiede bestehen bei Qualitätsstandards und Finanzierung.

DIE GRÜNEN	FDP	CDU	SPD	Freie Wähler	AfD	Die Linke
Gesundes, bezahlbares Schulessen mit realistischen Rahmenbedingungen. Schulessen soll einerseits den SuS schmecken, aber auch einen Beitrag zur Prävention, Gesundheitsförderung und Ernährungsbildung leisten	Schulessen ist mehr als reine Sättigung. Qualität, Berücksichtigung von Allergien und gesunde Ernährung sind wichtig. Wo wirtschaftlich darstellbar, soll geprüft werden, ob Frischküchen vor Ort möglich sind.	Ausgewogenes, qualitativ hochwertiges Schulessen mit Wahlmöglichkeiten, die Allergien etc berücksichtigen. Ernährungsbildung stärken.	Regionale, saisonale und ökologische Lebensmittel vorrangig einsetzen. Schulessen als Chance für Prävention, Gesundheitsförderung und Ernährungsbildung.	Warmes, möglichst gesundes und bezahlbares Mittagessen.	Gutes, bezahlbares Schulessen mit regionalen Anbietern.	

# Frage 19: Psychische Gesundheit an Schulen

25

**Fazit:** Sehr breite Zustimmung zur Bedeutung von Schulsozialarbeit und Unterstützungssystemen.

DIE GRÜNEN	FDP	CDU	SPD	Freie Wähler	AfD	Die Linke
Schulsozialarbeit und Programme wie HELP ausbauen. HELP-Fachkräfte sind bereits an 60 Kreisschulen aktiv. Bei Ausnahmesituationen wie Suizidgefahr steht das schulpsychologische Kriseninterventionsteam bereit	Wir unterstützen Programme wie HELP, sowie abrufbare Teamprojekte. Ziel ist eine niedrigschwellige Unterstützung durch bestehende Programme ohne Doppelstrukturen zum Land.	Zentrales Anliegen. Schule kann in Zusammenarbeit mit Schulsozialarbeit, Beratungsstellen und niedrigschwelligen Hilfsangeboten Unterstützung sein. Prävention und frühzeitiges Erkennen im Mittelpunkt.	Schulsozialarbeitskonzept HELP fortsetzen und an aktuelle Bedarfe anpassen. Schulgesundheitsfachkräfte und Suizidprävention ausbauen. Infokampagnen für Eltern, Lehrkräfte und SuS umsetzen	Wichtiges Thema, Verantwortung vor allem beim Land (HMKB), das im Verzug ist.	Mehr Schulsozialarbeit und niedrigschwellige Beratung. Prävention, klare Strukturen und stabile Lernumgebungen stärken psychische Gesundheit.	Schulsozialarbeit, Schulpsychologen und multiprofessionelle Teams stärken.

## Frage 20: Unterstützung pflegender Angehöriger / ärztliche Versorgung

**Fazit:** Einigkeit über Bedeutung wohnortnaher Versorgung. Unterschiede bestehen in der Rolle des Kreises bei Lösungen.

DIE GRÜNEN	FDP	CDU	SPD	Freie Wähler	AfD	Die Linke
<p>Pflegestützpunkte sollen pflegerische Versorgung sicherstellen und beraten zu den vielfältigen Angeboten und Hilfestellen. Wir unterstützen die ärztl. Versorgung bei Gesundheitskiosken. Auch Praxisverbunde können die hohen Investkosten von Praxen mildern.</p>	<p>Kreis kann modellierend wirken, Versorgungsmodelle unterstützen und medizinische Grundversorgung über das Kreiskrankenhaus sichern.</p>	<p>Kreis stärkt ambulante Angebote und unterstützt pflegende Angehörige und verlässliche ärztliche Versorgung. Wohnortnahe Strukturen zur Versorgung von Pflege und medizinischer Betreuung auch im ländlichen Raum.</p>	<p>Haus- und Fachärztemangel bekämpfen. Hebammenversorgung durch angepasstes Förderprogramm stabilisieren. Anreize für Ärzte im ländlichen Raum schaffen. Wir setzen auf Gemeindepflegekräfte und starke Pflege zuhause.</p>	<p>Thema hauptsächlich Aufgabe des Landes.</p>	<p>Hausärztliche Versorgung sichern und pflegende Angehörige durch Beratungsstellen und Entlastungsstrukturen unterstützen.</p>	

## Frage 21: Bezahlbarer Wohnraum und Pflegeplätze

**Fazit:** Breite Zustimmung zur Bedeutung bezahlbaren Wohnraums. Unterschiede bei konkreten Instrumenten wie Wohnungsbaugesellschaften.

DIE GRÜNEN	FDP	CDU	SPD	Freie Wähler	AfD	Die Linke
Kreis unterstützt Kommunen bei Wohnraumprojekten. Pflegeplätze liegen weniger in der Kompetenz des Kreises. Wichtig ist aber eine auskömmliche Finanzierung der Pflegekassen. Langfristig sichere Finanzierung der Wohlfahrtsverbände	Interkommunale Projekte unterstützen. Wirtschaftlich tragfähige Modelle bevorzugt.		Gründung einer gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft, die bezahlbare, seniorengerechte und für Pflege- und Erziehungsberufe, aber auch für engagierte Menschen und Flüchtlinge Wohnraum schafft. Leerstandsbekämpfung, Sanierungsförderung.	Forderung nachdringender Gründung einer kreiseigenen Wohnungsbaugesellschaft. Viele Landkreise haben dazu erfolgreiche Modelle	Mehr Wohnraum durch schnellere Genehmigungen. Pflegeplätze ausbauen und regionale Anbieter stärken.	

## Frage 22: Demokratieförderung / Jugend- und Seniorenbeiräte

**Fazit:** Einigkeit über Bedeutung politischer Bildung und Beteiligung. Unterschiede bei konkreten Fördermaßnahmen.

DIE GRÜNEN	FDP	CDU	SPD	Freie Wähler	AfD	Die Linke
<p>Jugend für Politik interessieren und dieses Interesse in einem Engagement im Jugendbeirat verstetigen.                      Kreissenorenbeirat hat lange Tradition. Thema ausbauen und in die Fläche bringen.</p>	<p>Kreissenorenbeirat stärken durch transparente Entscheidungsprozesse, frühzeitige Einbindung bei relevanten Themen sowie klare Informationswege zw. Verwaltung, Politik und Beirat.                      Jugendbeteiligung bei echtem Interesse unterstützen.</p>	<p>Demokratie wird durch Beteiligungsformate für junge und ältere Menschen, politische Bildung vor Ort und den Abbau bürokratischer Hürden gestärkt.</p>	<p>Wir setzen stark auf Beteiligung und Ehrenamt, z.B. durch Reaktivierung des Fahrgastbeirats. Demokratiebildung und Beteiligung in Schule und Gesellschaft fördern.</p>	<p>Stärkung der Demokratieförderung von Jugendbeiräten                      finanzielle Unterstützung deutlich anheben. Aktuell eher Alibi-Unterstützung.</p>	<p>Jugend- und Seniorenbeiräte unterstützen. Bürgerbeteiligung stärken und Entscheidungswege transparenter machen.</p>	

## Frage 23: Förderung des Ehrenamts und Bürokratieabbau

**Fazit:** Alle Parteien wollen Ehrenamt stärken. Unterschiede bestehen vor allem bei konkreten Unterstützungsinstrumenten.

DIE GRÜNEN	FDP	CDU	SPD	Freie Wähler	AfD	Die Linke
Jeder politisch Aktive fördert das Ehrenamt und hilft, Barrieren abzubauen. Bürokratie ist dabei teils lästiger, teils notwendiger Teil der Ehrenamtsarbeit.	Ehrenamt verdient Unterstützung durch Bürokratieabbau, vereinfachte Förderverfahren und klare Zuständigkeiten in der Kreisverwaltung.	Ehrenamt braucht Anerkennung, Unterstützung und verlässlichere Rahmenbedingungen.	Ehrenamt prägt unseren Kreis. Vereine finanziell und ideell unterstützen, Vereinsförderrichtlinien modernisieren. Fördermittel schneller fließen lassen und Bürokratie durch Digitalisierung reduzieren.	Ehrenamt loben und ehren ist wie eine Ehrenamtskarte wichtig. Aber das reicht nicht. Ohne Ehrenamt würde vieles nicht mehr funktionieren. Wir fordern echte Anerkennung, z.B. über die Zuteilung von Rentenpunkten.	Ehrenamt ist Rückgrat der Gesellschaft. Muss entbürokratisiert werden.	

## **Gesamtfazit: Zentrale Gemeinsamkeiten**

- Gute Schulgebäude und moderne Ausstattung werden von allen Parteien als wichtig angesehen
- Ganztagsangebote gelten als zentral für die Zukunft der Schulen
- Schulsozialarbeit und Unterstützungssysteme gewinnen an Bedeutung
- Schulwegsicherheit und Schülerverkehr sollen verbessert werden
- Ehrenamt und Vereine bleiben wichtige Partner für Schule und Gesellschaft

## **Gesamtfazit: Zentrale Unterschiede**

- Umfang und Finanzierung von Ganztagsangeboten
- Ausbau integrierter Gesamtschulen
- Beitragsfreiheit im Ganzttag
- Rolle des Kreises bei Mobilität, Wohnraum und sozialer Infrastruktur
- Umfang staatlicher Unterstützung für Schulen und Familien



- Thomas Sohler
- [thomas.sohler@posteo.de](mailto:thomas.sohler@posteo.de)